

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Bischofswerda u. d. d. Bürgermeisterei zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) behördlicherseits bestimmte Blatt, einschließlich der Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. d. Behörden.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage - Druck und Verlag von Friedrich May, in Bischofswerda. - Postcheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Erlaubungsurteil: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbjährlich RM. 1,10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 40 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Veranstaltung: Am 11. Dezember Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Veröffentlichungen durch höhere Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederholung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 40 mm breite einseitige Millimeterzeile 8 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachdruck nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 293

Donnerstag, den 16. Dezember 1937

92. Jahrgang

Nationalsozialistische Wirtschafts- und Preispolitik

Vortrag des Preiskommissars Gauleiter Wagner

DRB. Hagen (Weißf.) 16. Dezember. Auf Veranlassung des Gauwirtschaftsleiters des Gau Weissenfeld in Gemeinschaft mit dem Präsidenten der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer und dem Leiter der Wirtschaftsgruppe Werkstoff-Verfeinerung wurde am Mittwoch in der Stadthalle in Hagen eine wirtschaftspolitische Rundgebung veranstaltet, an der außer Vertretern der Partei und der Behörden eine große Zahl von Vertretern der westfälischen Wirtschaft teilnahm. Im Mittelpunkt der Rundgebung stand eine Rede des Preiskommissars für die Preisbildung und Überwachung Gauleiter Josef Wagner, der in etwa zwei Stunden Rede die Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik entwickelte. Eingangs betonte er, daß die Politik immer den Vorrang vor der Wirtschaft haben müsse, da wirtschaftliches Wohlergehen und Gedeihen unabänderlich gebunden seien an die Größe, Kraft und Richtigkeit einer wirtschaftlichen und politischen Staatspolitik. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den fünf Jahren seit der Machtübernahme sei der Beweis dafür, wie auf dem Wege einer kraftvollen politischen Entwicklung auch die wirtschaftliche Gesundung einer Nation herbeigeführt werden könne. Wirtschaftliche Führung habe grundsätzlich von zwei Dingen auszugehen: Einmal von dem abstrakten Willen, den übergeordneten politischen Willen der Staatsführung zum unbedingten anerkannten Herrn über alle Gebiete des Lebens zu machen, und zweitens von dieser Stellung aus in einer Art und Weise das gesamte wirtschaftliche Leben so zu beachten, beeinflussen und nachfolgs so zu lenken, daß der größtmögliche Erfolg für die Gesamtheit erreicht werde. Der Redner stellte in diesem Zusammenhang acht Richtlinien heraus, nach denen die Wirtschaftspolitik sich auszurichten habe:

1. Wirtschaft ist und bleibt die Dienerin der Nation insofern, als sie abhängig ist von den großen politischen Zielen und Bestrebungen des Staates.
 2. Eine absolute Freiheit des einzelnen Wirtschaftenden ist ebenso wenig möglich wie die individuelle Freiheit des politischen Willens.
 3. Die Grundlagen des Wirtschaftens müssen nach Möglichkeit auf einigen wenigen überlappenden Prinzipien beruhen.
 4. Der Staat muß in seiner staatspolitischen Leistung in gezieltester Weise den laufenden Veränderungen der wirtschaftspolitischen Situation Rechnung tragen.
 5. Je größer die vorhandenen Rohstoffmengen sind, je reibungsloser also Erzeugung und Verbrauch sich entwickeln, um so geringer sind die Notwendigkeiten für ein Eingreifen von staatlicher Seite; je stärker bestimmte Verbrauchsgüterknappheiten auftreten, um so stärker muß sich die Staatsführung um die Dinge kümmern.
 6. Der Staat kann diese Aufgaben nur erfüllen, wenn er finanz- und kreditpolitisch völlig souverän ist.
 7. Jede lange, staatliche Leistung der Wirtschaftspolitik wird immer bedeuten, die Initiative des einzelnen in der Wirtschaft so frei sich auswirken zu lassen, wie dies überhaupt denkbar ist.
 8. Den höchsten Grad persönlicher Freiheit in wirtschaftlichem Schaffen kann der Staat dann gewähren, wenn alle Männer der Wirtschaft die höchste Disziplin gegenüber der Gesamtheit zum Gegenstand ihres Handelns gemacht haben.
- Gauleiter Wagner hob sodann hervor, daß es für den Nationalsozialismus kein sogenanntes Wirtschaftssystem gäbe. Es sei vielmehr danach zu verfahren, daß das, was zweckmäßig und vernünftig in der Hand des privaten Wirtschaftsunternehmens liegt, dort bleiben solle, und das, was zweckmäßig in der Hand des Staates aus übergeordnetem Interesse sein müsse, dazugehöre, wie auch gewisse Erscheinungsformen respektiert würden, wenn sie zweckmäßig seien, denn jedes Unternehmen solle so in seinen Bestehenden gestärkt sein, daß es den höchsten Nutzen für die gesamte Volkswirtschaft erziele könne.
- Am letzten Teil seines Vortrages beschäftigte sich der Redner mit den Fragen der Sozialpolitik, wobei er betonte, daß im Verhältnis vom Lohn zum Preis der Grad dessen liegt, was sozialpolitisch erreicht worden sei. Uebergehend auf seine besondere Tätigkeit als Preiskommissar für die Preisbildung führte Gauleiter Wagner dann noch aus, daß die Preispolitik auf die Dauer nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie gleichzeitig auf die Sozial- und Lohnpolitik Einfluß zu nehmen in der Lage sei. Ein Unternehmer, der zur Vergrößerung seiner Produktion gezielte An-

beiträge zu erhöhten Löhnen an sich ziehe, könne nicht damit rechnen, daß ihm Preisverbahungen für seine Produkte zugunsten würden.

Gauleiter Wagner schloß seine mit starkem Beifall be-

achteten Ausführungen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, sich auch weiterhin mit allen Kräften für die Erreichung der Ziele des Nationalsozialismus auch auf wirtschaftspolitischen Gebieten einzusetzen.

Weihnachtsfreude für die Opfer der Arbeit

Ueber 322 000 RM. kommen Weihnachten zur Ausschüttung

DRB. Berlin, 15. Dezember. Vor wenigen Tagen trat der Ehrenauschuss der Stiftung für Opfer der Arbeit, dem die Staatsräte Walter Schumann, RDr., Dr. Erik Thissen, RDr., und Dr. von Stauff, RDr., angehören, zu seiner üblichen Weihnachtsfeier im Sitzungssaal des Reichsministeriums für Volkserziehung und Propaganda zusammen. Mehr als 2000 Gesuche kamen zur Entscheidung, die noch vor Weihnachten verabschiedet werden sollten. Aus dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers, Ober-Reg.-Rat Dr. Hegler, ergab sich, daß die Stiftung neben der laufenden Betreuung der Opfer der Arbeit wie bisher auch bei den verschiedenen größeren Unglücksfällen in der letzten Zeit helfend eingegriffen hat, und zwar in Verbindung mit den örtlichen Stellen der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Volkswirtschaft. Außerdem ist die Kinderbetreuung gegenüber dem Vorjahre weiter gesteigert worden. Es handelt sich dabei um die Kinder von Vätern, die in ihrem Beruf tödlich verunglückt sind. Diese Erholung ist im Saar-Gebiet bereits mehreren hundert Kindern zuteil geworden. Die gleiche Kinderbetreuung wird für das rheinisch-westfälische Industriegebiet vorbereitet und in Kürze zur Durchführung gelangen. Ebenso sind im Laufe des vergangenen Sommers 187 Kindern von verunglückten Seelenteuten aus den Mitteln der „Stiftung für Opfer der Arbeit auf See“ zu einem vierwöchigen Erholungsurlaub an die See geschickt worden. Die gesamte Kinderbetreuung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Dienststellen der NSDAP.

Freie Heimfahrt zu Weihnachten 1937

Eine Anordnung des Reichshändlers der Arbeit

DRB. Berlin, 15. Dezember. Der vom Reichs- und Preussischen Arbeitsminister bestellte Sonderbeauftragte der Arbeit, Dr. Daeschner, hat zu Weihnachten den bei den Bauarbeitern des Reiches einschließlich Reichsautobahnbeschäftigten Arbeitern den Anspruch auf freie Heimfahrt zum Wohnort und zurück zur Baustelle tariflich zugesichert, um auch diesen Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, die Festtage im Kreise ihrer Familie zu verbringen.

Verkehrsunfallbekämpfung und Verkehrserziehung

DRB. Berlin, 15. Dezember. Der Chef der Ordnungspolizei im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern, General der Polizei Daluge, nahm im Rahmen einer Vortragsreihe der Verwaltungsakademie Berlin zum Thema „Verkehrsunfallbekämpfung und Verkehrserziehung“ Stellung und machte dabei Ausführungen, die im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Straßenverkehrsordnung am 1. 1. 1938 besondere Bedeutung haben. General Daluge führte u. a. folgendes aus: Der Hauptgrund der hohen Verkehrsunfallzahlen ist in der Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu suchen. Der Verkehr des Führers zur veränderten Motorisierung schloß zwei Aufgaben in sich. Einmal war die Motorisierung mit allen Mitteln in einem ungeheuren Tempo vorwärtszutreiben, zum anderen war trotz der damit wachsenden Unfallgefahr die höchste Sicherheit im Verkehrsleben zu gewährleisten. Ein Blick auf die Entwicklung des Verkehrs in Deutschland zeigt eine Verdoppelung des Kraftfahrzeugbestandes. Die in diesem ungeheuren Tempo vorwärtsgetriebene Motorisierung verläuft in Deutschland nicht organisch wie in den übrigen Staaten, sondern schnell seit 1933 mit einem gewaltigen Sprung in die Höhe. Diese sprunghafte Entwicklung hat zur Folge, daß der größte Teil der Verkehrsteilnehmer sich nicht in demselben Tempo auf die veränderten Verkehrsverhältnisse umstellen vermag. Die Statistik lehrt, daß 83 v. H. aller Unfälle sich innerhalb geschlossener Ortsteile ereignen. Dabei stellt es sich jedoch heraus, daß die Unfälle außerhalb geschlossener Ortsteile durch die Schwere des Zusammenstoßes die weitaus höheren Verlustzahlen an Menschenleben und Materialverlust zu verzeichnen haben. Volksgenossen, die sich hieraus die Notwendigkeit der Erziehung der motorisierten Genossenschaft bei nahezu einem Viertel der Gesamturlachen Regt der Unfallanzahl einwandfrei in der Nichtbeachtung der Vorschrift.

Die neue Straßenverkehrsordnung weicht vor allen Dingen in einer einzigen Ueberlegung schon grundlegend dadurch ab von der alten, daß bisher die Strafbarkeit von Verkehrsvergehen weitgehend abhängig gemacht war von den eingetretenen Folgen, also einer Schädigung, einer Behinderung oder Verletzung anderer.

Die Grundregel der neuen Straßenverkehrsordnung stellt dagegen dem Verkehr unter Strafe, durch das der Verkehr gefährdet werden kann. Damit ist der Polizei die Handhabe gegeben, bereits gegen jedes vorschriftswidrige Verhalten einzuschreiten, auch wenn ein schädigender Erfolg noch nicht eingetreten ist. Darüber hinaus geben einzelne Bestimmungen dem Reichsführer H und Chef der deutschen Polizei die Möglichkeit, besondere Maßnahmen von der Polizei durchzuführen zu lassen.

Für die angeordnete Untersuchung auf Alkohol einfluß bei einem Verkehrsunfall beteiligten Personen wird die allgemeine als zuverlässig anerkannte Alkoholmethode des schwedischen Arztes Prof. Dr. Widmark benutzt. Außerdem ist zur Vermeidung eines einseitigen Urteiles eine sogenannte klinische Untersuchung vorgeschrieben. Das Gutach-

ten stützt sich auf die Ergebnisse beider Untersuchungen und ist somit auf eine absolut sichere Grundlage gestellt. Die Statistik läßt bereits in aller Deutlichkeit einen Erfolg der Bemühungen in der Verkehrsunfallbekämpfung erkennen. Die Kurve der Motorisierung von 1932 bis 1936 ist in rasantem Ansteigen, daneben verläuft die Kurve der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang zunächst parallel, beginnt dann plötzlich gegenüber der Motorisierungskurve zurückzubleiben und nimmt jetzt einen völlig veränderten Verlauf. Der Zeitpunkt dieses deutlich sichtbaren Absinkens der Verkehrsunfallkurve fällt zusammen mit den ersten spürbaren Erfolgen der allgemeinen Aufklärungsarbeit und der vollstetigen Abwehrmaßnahmen. Ein sehr guter Maßstab für das Sinken der Verkehrsunfälle im allgemeinen ist übrigens die Entwicklung im Versicherungsgewerbe.

General Daluge deutete schließlich die Absicht des Reichsführers H und Chefs der deutschen Polizei an, eine deutsche Verkehrsakademie zu schaffen, die ihren Sitz in der Reichshauptstadt haben und als zentrale Schulungstätte aller für die Verkehrsüberwachung und die Verkehrserziehung eingesetzten Lehrkräfte dienen solle.

Die englische Note an Japan

DRB. London, 16. Dezember. Der Text der britischen Note an Japan, der am Mittwochabend veröffentlicht wurde, nimmt in längeren Ausführungen auf die Vorfälle bei den britischen Kriegsschiffen und Handelschiffen auf dem Jangtse Bezug. Nachdem im einzelnen die Angriffe auf die Schiffe dargestellt worden sind, gibt die englische Regierung ihren Freude Ausdruck über die Note der Kaiserlich-japanischen Regierung, in der diese ihr tiefstes Bedauern über diese Vorfälle ausdrückt. Es wird auch mit Genehmigung festgestellt, daß die japanische Regierung ihre Bereitschaft kundgetan hat, die Schuldigen zu bestrafen. Die englische Regierung wünscht, daß die für die Angriffe auf die britischen Handelsschiffe verantwortlichen japanischen Offiziere und Soldaten in gleicher Weise zur Verantwortung gezogen werden, wie diejenigen, die für die Vorfälle auf den Kriegsschiffen verantwortlich sind.

Die Note schließt, daß es klar sei, daß die bisher von der japanischen Regierung unternommenen Schritte, um derartige Angriffe zu verhindern, sich als fehlerhaft erwiesen haben. Die britische Regierung müsse daher jetzt ersehen, darüber informiert zu werden, daß tatsächlich Maßnahmen ergriffen worden sind, die angetan sind, derartige von ihr beanstandete Zwischenfälle abzuschaffen.

Nachmaliges Bedauern der japanischen Regierung

Tokio, 16. Dez. (Ostasienbüro des DRB.) Der britische Botschafter in Tokio, Craigie, hat Außenminister Hirota die Protestnote der englischen Regierung wegen Beschädigung englischer Kanonenboote auf dem Jangtse überreicht. Außenminister Hirota hat nachmalig das tiefe Bedauern der japanischen Regierung ausgesprochen und versichert, daß alle Vorkehrungen zur Vermeidung neuer Zwischenfälle ergriffen worden seien.